

Wirtschaftspolitik

„Niemand will einen Hitzkopf“

Der amerikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump hat diese Woche sein Wirtschaftsprogramm vorgestellt. Es sieht drastische Steuersenkungen und den massiven Abbau staatlicher Regulierung vor. **Ulrich Grillo**, 56, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, über die Ideen.

SPIEGEL: Für einen Industrievertreter muss der Kandidat Trump verlockend klingen. **Grillo:** Ganz im Gegenteil. Viele seiner Pläne können der Wirtschaft sogar schaden, zum Beispiel, wenn er die Zuwanderung, damit auch die von Fachkräften, stark einschränken möchte. Steuersenkungen für Bürger und Unternehmen sind lobenswert, doch sie müssen auch gegenfinanziert werden. Mit Trumps Steuerplänen dürfte das ohnehin hohe Haushaltsdefizit der USA weiter steigen. Dies geht auf Kosten künftiger Generationen.

SPIEGEL: Der Republikaner will die US-Wirtschaft ankurbeln. Kann das mit diesem Programm gelingen?

Grillo: Nein. Trump setzt auf Abschottung, um die eigene Wirtschaft zu stärken. Dabei vergisst er, dass die USA von offenen Märkten profitieren. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 hat den Amerikanern doch erst vor Augen geführt, wie problematisch eine einseitige Abhängigkeit vom Binnenkonsum ist. Natürlich gibt es auch Menschen, die

von Handelsliberalisierungen wenig haben. Trump sollte seine Energie lieber darauf konzentrieren, diesen Menschen Mut zu machen.

SPIEGEL: Welche Folgen hätte ein solcher Protektionismus für die deutsche Industrie?

Grillo: Unsere Unternehmen sind international ausgerichtet. Neue Handelsbarrieren und höhere Zölle würden ihnen enorm schaden. Trump hat gedroht, dass sein Land aus der WTO austreten könnte. Damit ignoriert er die Realität des 21. Jahrhunderts.

SPIEGEL: Sollte Trump sich durchsetzen und als Präsident seine Pläne umsetzen, was würde dies für die Weltwirtschaft bedeuten?

Grillo: Vieles dürfte Rhetorik sein und bleiben. Trump wäre nicht der erste Präsident, der im Wahlkampf protektionistische Töne angeschlagen hat.

SPIEGEL: Trump will beweisen, dass Unternehmer die besseren Politiker sind.

Grillo: Viele Bürger in den USA haben das Gefühl, dass sie in den vergangenen Jahren nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert haben. Trump hat keine politische Vergangenheit – das kommt ihm offenbar zugute. Es macht ihn jedoch nicht zum besseren Politiker. Niemand will einen Hitzkopf als Präsidenten. Seine Entgleisungen und seine Wissenslücken sind geradezu haarsträubend. mad



Grillo



Arbeiter auf Strommast

ROLAND GESHEIMER / ATTENZIONE

Energie

Gemeinsam gegen billigeren Strom

Um die hohen Strompreise zu verteidigen, wollen mehrere Netzbetreiber offenbar gemeinsam gegen eine drohende Kürzung der Netzentgelte vorgehen. Das geht aus einem Schreiben der Anwaltskanzlei PricewaterhouseCoopers hervor. Die Anwälte warnen die Netzbetreiber darin vor erheblichen Einbußen in ihrem Geschäft, sollte die Bundesnetzagentur ihren Plan umsetzen und die Zinssätze für die Netzentgelte um knapp zwei Prozentpunkte

senken. Ihr Vorschlag: ein koordiniertes Vorgehen der Betreiber bei aufgeteilten Prozesskosten. Und das stößt bei einigen Unternehmen der Branche auf Interesse. Sie befürchten, die Gebühren könnten sogar noch stärker gekürzt werden als vorgesehen. Verbraucherschützer und Ökostromanbieter wie Lichtblick hatten errechnet, dass die geplante Absenkung zu gering ist und die Stromkunden bei korrekter Berechnung in der nächsten Periode um bis zu fünf Milliarden Euro entlastet werden müssten. Auch sie erwägen, juristisch gegen die Behörde vorzugehen. fdo

Deutsche Bank

Staatsanwältin zieht sich zurück

Der Prozess gegen frühere und noch amtierende Deutsche-Bank-Vorstände infolge der Kirch-Pleite hat Chefanklägerin Christiane Serini, 42, offenbar stärker zugesetzt als bislang vermutet. Trotz heftiger Gegenwehr der Oberstaatsanwältin waren der einstige Bankchef Jürgen Fitschen und vier weitere Beschuldigte Ende April von der Münchner Justiz freigesprochen worden. Serini war im Zuge des Verfahrens auch persönlich hart attackiert worden, jetzt zieht sie Konsequenzen: Die Juristin wechselt demnächst

als Richterin ins oberbayerische Weilheim, wo sie am Amtsgericht als stellvertretende Direktorin arbeiten wird. Statt mit strafrechtlichen Fragen wird sie sich dort hauptsächlich mit Familienstreitigkeiten befassen. Ob es in dem Deutsche-Bank-Fall zu einem Revisionsverfahren kommt, muss nun eine Exkollegin entscheiden, mit der sie einst eng zusammengearbeitet hat, die frühere Münchner Oberstaatsanwältin Hildegard Bäumler-Hösl. Die Juristin hatte seinerzeit den Siemens-Schmiergeldskandal aufgedeckt und leitet seit Anfang Juli die vier Wirtschaftsabteilungen der Münchner Staatsanwaltschaft. did